

# Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	8
Einleitung.....	12
1. Kapitel: Nationale und internationale Klimaschutzvorgaben als Hintergrund der Neufassungen des KWKG .....	16
I. Ermittlung und Bewertung internationaler Klimaschutzziele..	17
1. Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen.....	18
2. Abschluss und Inhalt des Kyoto-Protokolls .....	19
a) Konkrete Zielsetzungen zur Einsparung klimaschädlicher Treibhausgase.....	20
b) Die Anpassung des Kyoto-Protokolls auf der Konferenz von Doha .....	22
3. Das Übereinkommen von Paris .....	23
4. Grundsätzliche Defizite des umweltvölkerrechtlichen Klimaschutzes .....	25
II. Einordnung der Tragweite der durch Deutschland und die europäische Union übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtungen.....	26
1. Das Zustandekommen vertraglicher Regelungen zwischen Völkerrechtssubjekten .....	26
a) Ratifikation, Annahme oder Genehmigung klimaschützender Vereinbarungen .....	28
b) Inkrafttreten maßgeblicher völkerrechtlicher Vereinbarungen zum Klimaschutz .....	28
2. Die völkerrechtliche Verbindlichkeit vertraglicher Regelungen zwischen Völkerrechtssubjekten.....	30
3. Die Geltung und der Rang völkervertraglicher Verpflichtungen im innerstaatlichen Bereich .....	31
4. Vorvertragliche Pflichtverletzungen im Völkerrecht.....	34

5.	Schlussfolgerungen zur rechtlichen Relevanz internationaler Klimaschutzvorgaben für die KWKG-Reformen Ende der Jahre 2015 und 2016 .....	35
6.	Verbindlichkeit und Rang der Klimaschutzziele aus unionsrechtlicher Sicht .....	37
III.	Bewertung.....	39
IV.	Besondere unionsrechtliche Ansätze zum Klimaschutz.....	39
1.	Grundsätzliche Initiativen zur Reduzierung klimaschädlicher Treibhausgasemissionen .....	40
2.	Spezifischer Ansatz zur Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung im Interesse des Klimaschutzes – Richtlinie 2012/27/EU (Energieeffizienz-Richtlinie).....	41
a)	Keine konkreten Zielvorgaben zum Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung .....	42
b)	Pflichten zur Potential- und Kosten-Nutzen-Analyse .....	44
c)	Weitere Vorgaben insbesondere zum Förderregime bei KWKG-Anlagen.....	45
V.	Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Klimaschutzes	46
1.	Art. 20a GG als Gestaltungsauftrag an den Gesetzgeber .....	46
2.	Existenz eines verfassungsrechtlichen Verschlechterungsverbots .....	47
3.	Art. 20a GG als Ausdruck einer Berücksichtigungspflicht .....	47
4.	Bewertung und eigene Ansicht .....	47
VI.	Schlussfolgerungen zur verfassungsrechtlichen Bedeutung des KWKG .....	50
	Ergebnis zum 1. Kapitel .....	52
	2. Kapitel: Das KWKG als Handlungsinstrument zur Reduzierung klimaschädlicher Treibhausgase .....	54
I.	Die Entstehung und Entwicklung des KWKG .....	55
II.	Die Zielsetzung des KWKG .....	56
III.	Die konkrete Annäherung an die Zielvorgaben durch eine Neuordnung der Fördertatbestände des KWKG .....	57

1.	Fortführung und Erhöhung der Zuschlagszahlungen für fortgeführte Fördertatbestände .....	58
2.	Beschränkung der Förderung auf in das öffentliche Netz eingespeisten Strom .....	59
3.	Beendigung der Förderung bei Einsatz von Kohle als Brennstoff – Fokussierung auf Gas als Energieträger .....	60
4.	Verbesserte Förderbedingungen als allgemeiner Anreiz für einen weiteren Zubau an KWK-Anlagen.....	62
5.	Erhalt von aus der Förderung gelaufenen bestehenden gasbasierten KWK-Anlagen .....	63
	a) Problemaufriss.....	63
	b) Die Neuregelung in § 13 KWKG .....	65
	c) Bewertung und Notwendigkeit eines weitergehenden Ansatzes.....	66
6.	Verschärfte Anforderungen an modernisierte KWK-Anlagen.....	69
IV.	Ausschreibung für KWK-Anlagen mit einer zwischen 1 und 50 MW und für innovative KWK-Systeme .....	69
1.	Die Neuregelungen zur wettbewerblichen Bestimmung der Zuschlagshöhe im Überblick .....	70
2.	Die Beihilferechtliche Natur des KWK-Fördermechanismus .....	71
3.	Bewertung der Einführung einer wettbewerblichen Ermittlung von Förderungen im KWK-Bereich .....	72
	a) Der beihilferechtliche Charakter der Förderbestimmungen.....	73
	b) Drohende Wettbewerbsverfälschung und Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels...74	
	c) Die Berücksichtigung des Klimaschutzauftrags des KWKG über das Einfallstor des Art. 107 Abs. 3 lit. c) AEUV .....	74
	d) Die Unterordnung des Klimaschutzes gegenüber den beihilferechtlichen Vorgaben des Unionsrechts...75	
	e) Schlussfolgerungen für die beihilferechtliche Behandlung des KWKG .....	77

V.	Zusammenfassende Bewertung zur Neuordnung des Förderregimes.....	79
VI.	Verfassungsrechtliche Grenzen einer Überarbeitung der Fördertatbestände des KWKG.....	80
	1. Vereinbarkeit mit der Eigentumsfreiheit gem.	
	Art. 14 GG .....	81
	a) Eröffnung des Schutzbereichs infolge zivilrechtlicher Förderansprüche .....	81
	b) Abgrenzung zur Berufsfreiheit gem. Art. 12 GG.....	81
	c) Eingriff in die Eigentumsfreiheit des Art. 14 GG .....	83
	d) Zulässigkeit von Inhalts- und Schrankenbestimmungen im Rahmen zukünftiger Novellierungen .....	84
	2. Allgemeiner Vertrauensschutz als Ausdruck des Rechtsstaatsprinzips .....	86
	3. Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung am Maßstab der Berufsfreiheit gem. Art. 12 GG .....	88
	a) Eröffnung des Schutzbereichs und Vorliegen eines Eingriffs in die Berufsfreiheit .....	88
	b) Bestehen eines vernünftigen Grundes des Allgemeinwohls als Rechtfertigungsgrund .....	89
	4. Vereinbarkeit mit dem Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG .....	90
	a) Keine Eröffnung des Schutzbereichs .....	90
	b) Rechtfertigung einer Ungleichbehandlung im Übrigen.....	91
	5. Exkurs: Vereinbarkeit mit der Grundrechte-Charta der Europäischen Union und der EMRK.....	92
VII.	Zwischenergebnis zur Verfassungsmäßigkeit der Neufassung des Förderregimes des KWKG und Schlussfolgerungen .....	93
	Ergebnis zum 2. Kapitel .....	96
	3. Kapitel: Kraft-Wärme-Kopplung als Beitrag zur Energiewende .....	97

I.	Überblick: Zielvorgaben und Regelungsansätze zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Stromgewinnung und deren praktische Probleme.....	97
1.	Zielvorgaben und Rechtsrahmen auf Ebene der Europäischen Union.....	98
2.	Ausbauziele und Regelungsansätze im deutschen Recht.....	99
II.	Verbindung zwischen der Umstellung der Stromerzeugung auf Strom aus erneuerbaren Energien und der Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Nutzung erneuerbarer Energien zur Deckung des Wärme- und Kältebedarfs .....	103
III.	Die Unterstützung der Energiewende durch eine Fortentwicklung der gesetzlichen Grundlagen zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung .....	107
1.	Die Neuregelungen im Einzelnen.....	107
2.	Bewertung .....	109
	Ergebnis zum 3. Kapitel.....	112
	Gesamtergebnis und Ausblick .....	114
	Zusammenfassung in Thesen .....	117
	Literaturverzeichnis .....	126
	Sonstige Quellen .....	129